Zeitschrift: Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse

Herausgeber: Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl

Band: 48 (2024)

Heft: 1

Rubrik: Was im Parlament 1986 wirklich gesagt wurde

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Was im Parlament 1986 wirklich gesagt wurde

Quelle: Schweizerische Eidgenossenschaft, Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Nationalrat, 1986. («Geschäftsbericht des Bundesrates. Departement des Innern», bei der Behandlung des Themas Stiftungen.)

Nationalrätin Angeline Fankhauser: Ich möchte auf einen alten Konflikt hinweisen, der seit 1973 ziemlich heftig schwelt zwischen der Stiftung «Pro Juventute» – und ich muss hier erklären, dass ich Mitarbeiterin dieser Stiftung bin – und dem fahrenden Volk.

Die Hauptpunkte des Konfliktes sind einmal die Erwartungen des fahrenden Volkes auf eine Entschuldigung durch die Stiftung und durch die Öffentlichkeit und im weiteren eine Frage der Aktenbearbeitung. (...)

Wir sollten alle versuchen, etwas zu korrigieren, etwas gutzumachen und ein Stück dunkle Vergangenheit zu bewältigen. (...)

Ich habe den Eindruck, dass der Bundesrat das fahrende Volk und die Stiftung «Pro Juventute» im Stich gelassen hat. Diese Vergangenheit ist nicht nur die Vergangenheit der Stiftung, das ist auch unsere Vergangenheit. Wir waren mehr oder minder alle daran beteiligt. wenn auch nicht als Person, aber als Gesellschaft. Ich denke, dass es höchste Zeit ist, dass wir klar Farbe bekennen und dieses Unrecht, das damals geschehen ist, nicht nur über die Stiftung gutzumachen versüchen, sondern auch als Parlament, als Schweizervolk.

Bundesrat **Alphons Egli**: Frau Fankhauser, Sie haben ein betrübliches Kapitel aus der Tätigkeit der Pro Juventute angeschnitten.

Es stimmt, dass in der Zeit von 1927 bis 1973 eine Aktion – sogar mit Unterstützung von Bundesgeldern – gestartet, Kinder der Fahrenden aus ihren Familien entfernt und in sogenannte Betreuungsfamilien eingegliedert wurden. Aber ich darf gleichzeitig auch betonen, dass seit 1973 nach unserem Wissen keine solchen Fälle mehr eingetreten sind. Die Pro Juventute hat damals im Auftrag oder nach Wunsch der Kantone gehandelt. Auch heute sind es die Kantone. die darnach verlangen, dass ihnen die entsprechenden Akten ausgehändigt werden sollten. (...)

Pro Juventute gibt ohne weiteres zu, dass hier ein betrübliches Kapitel geschrieben worden ist.

Die Pro Juventute hat öffentlich ihrem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, dass diese Aktion unter ihrer Ägide durchgeführt worden ist. Was den Bund anbelangt, gebe auch ich meinem Bedauern Ausdruck, dass Bundeshilfe hiezu geleistet wurde. Ich scheue mich sogar nicht, mich in der Öffentlichkeit dafür zu entschuldigen, dass dies vor mehr als zehn Jahren passieren konnte.